

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Die Ausgabe des Blattes erfolgt Tags vorher Nachm. 4 Uhr. Abonnements-Preis vierteljährlich 1 Mt. 50 Pf., monatlich 1 Mt., einmonatlich 50 Pf.

Eingelie Nummern 10 Pf.

Vorbestellungsbefestigung 6596.

Alle Kaiserl. Postanstalten, Postboten, sowie die Zeitungsträger nehmen Bestellungen auf die „Sächsische Elbzeitung“ an. Mit „Auswärt. Sonntagsblatt“. Mit humor. Beilage „Feisenblasen“. Mit „Landwirtschaftl. Beilage“.

Sächsische Elbzeitung.

Amtsblatt

für das Königl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Schandau, sowie für den Stadgemeinderath zu Hohnstein.

Inserate, bei der weiten Verbreitung d. Bl. von großer Wirkung, sind Sonntag, Mittwoch und Freitag bis 10 Uhr vormittags 9 Uhr aufzugeben. Preis für die gespaltene Corpusspaltel oder deren Raum 12 Pf. (tabellarische und complicirte nach Uebereinkunft).

„Eingeliebt“ unterm Strich 80 Pf. die Zeile.

Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Inseraten-Aannahmestellen: In Schandau: Expedition Jansenstraße 134, in Dresden und Leipzig: die Annoncen-Bureau von Hasenstein & Bogler, Invalidentank und Rudolf Roske, in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Nr. 129.

Schandau, Sonnabend, den 8. November 1902.

46. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Das Königl. Amtsgericht in Schandau hat in seinem Handelsregister 1) am 16. Oktober 1902 von Amtsweien die Firma „Ernst Kühnel“ in Wendischfähre auf Blatt 137 gelöscht, 2) am 27. Oktober 1902 auf Blatt 150, die Firma „Schmidt u. Sohn“ in Schandau betreffend, eingetragen, daß der Mitinhaber Herr Fährpächter Andreas August Schmidt in Schandau ausgeschieden und der Kaufmann Herr Hermann Eduard Schmidt in Schandau in die Gesellschaft eingetreten ist, ingleichen, daß diese Firma künftig lautet: „Gebr. Schmidt“.

Schandau, 4. November 1902.

Königliches Amtsgericht.

Zwangsversteigerung.

Das im Grundbuche für Schöna Blatt 87 auf den Namen Betriebsgesellschaft der Elbschloßmälzerei Schöna, c. G. m. b. H., eingetragene Grundstück soll an Ort und Stelle in Schöna

am 30. Dezember 1902, vormittags 11¹/₂ Uhr

im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche 1 Hektar 17⁰/₁₀₀ Aa groß und auf 457760 Mt. — Pf. geschätzt.

Das Grundstück (Malzfabrik) liegt an der Elbe und an der Eisenbahn Dresden-Bodenbach und ist durch ein Zweigleis mit letzterer verbunden.

Die Einsicht der Mittheilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen ist Jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 16. Oktober 1902 verlautbarten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Vertheilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgegeben werden würden.

Diejenigen, die ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Ertheilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes treten würde.

Schandau, den 6. November 1902.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung, Alarm-Übung betr.

Behufs Abhaltung einer Alarm-Übung werden die Mannschaften der Pflichtfeuerwehr und der freiwilligen Turnerfeuerwehr in den nächsten 14 Tagen alarmiert werden.

Die Mannschaften der freiwilligen Turnerfeuerwehr haben sich an der Turnhalle zu versammeln.

Für die Mitglieder der Pflichtfeuerwehr werden folgende Versammlungsorte festgesetzt:

I. Im Neupark hinterm Bade: Zubringer I und II und Arbeiterabteilung.

II. Am Forsthaus: Hydrantenwagenabteilung.

III. An der Kirche: Wachtabteilung.

Die Mannschaften haben bis zum Eingange eines Befehls an den Versammlungsorten zu verbleiben.

Wunden sind anzulegen.

Als Entschuldigungsgründe gelten nur Krankheit, welche ärztlich bezeugt werden muß, und Ortsabwesenheit, deren Notwendigkeit nachzuweisen ist.

Schandau, am 6. November 1902.

Der Stadtrat.

Wied, Bürgerm.

Nichtamtlicher Theil.

Politisches.

Kaiser Wilhelm befindet sich wieder auf einer Englandfahrt, die er am Nachmittag des 6. November von Kiel aus angetreten hat, und zwar an Bord seiner Yacht „Hohenzollern“. Zweck und Anlaß dieser jüngsten englischen Reise des erlauchtesten Monarchen haben mit der Politik nichts zu schaffen, denn er kommt lediglich zu einem privaten Besuche seines Oheims, König Eduard's VII. nach England, womit dann noch weitere Besuche verbunden sind, welche dem Prinzen von Wales und anderen Mitgliedern des englischen Königshauses sowie verschiedenen Angehörigen des britischen Hochadels gelten. Allerdings wird daneben Kaiser Wilhelm mehrere englische Staatsmänner empfangen, wie den Premierminister Balfour und den Colonialminister Chamberlain, welcher Umstand ja zweifellos dem diesmaligen Aufenthalt Kaiser Wilhelm's jenseits des Canals einen gewissen politischen Hintergrund verleiht. Aber wenn gleich natürlich in diesen Besprechungen des kaiserlichen Gastes mit den leitenden Persönlichkeiten Englands die Tagesfragen der allgemeinen Politik mit berührt werden dürften, so sind doch von ihnen sicherlich nicht bestimmte Abmachungen und Ergebnisse zu erwarten, die politische Ausbeutung des neuesten Kaiserbesuches in England, welche namentlich von gewissen amerikanischen Blättern bereits in's Wert gelegt worden ist, kann man daher getrost auf sich beruhen lassen. Uebrigens weist das Geschehen des Kaisers bei seiner englischen Reise keinen Herrn von politischer Stellung auf, denn es besteht aus dem Oberhof- und Hausmarschall Grafen von Eulenburg, dem Commandanten des kaiserlichen Hauptquartiers General v. Pflessen, dem Generaladjutanten v. Scholl, dem Chef des Marinecabinet's Vic. admiral v. Senden, den Flügeladjutanten v. Plüskow und Capitän z. S. v. Grunner und dem Oberstabsarzt v. Ilberg.

Im Reichstage nehmen die am Dienstag nach Ablauf der mehrtägigen Verhandlungspause wieder fortgesetzten Zolltarifberatungen einstweilen einen ziemlich uninteressanten und einseitigen Verlauf. Genannte Sitzung mußte sogar vorzeitig abgebrochen werden, weil sich bei einer namentlichen Abstimmung die Beschlussfähigkeit des Hauses herausstellte. Am Mittwoch zeigte sich dasselbe allerdings genügend befehigt. Man fuhr in der schon zweimal abgebrochenen Debatte über den socialdemokratischen neu beantragten § 1 b des Zolltarifgesetzes fort, der ausspricht, daß die Hölle auf solche Waaren, die von Ringen, Syndicaten u. s. w. im Auslande billiger verkauft werden, als im Inlande, vom Bundesrath aufgehoben werden müssen, während ein Unterantrag des freisinnigen Abgeordneten Dr. Barth dahingehet, diese Maßnahme in das Verbot des Bundesrathes zu stellen. Es entwickelte sich abermals eine breitangelegte Erörterung des gesammten Cartellwesens, in welcher die Abgeordneten Dr. Müller-Sagan und Abgeordneter Gothein von der freisinnigen Vereinigung scharf gegen die Auswüchse der großen wirtschaftlichen Vereinigungen auftraten. In längerer Rede führte der Conservative Graf Kanitz aus, daß man nicht alle Verkaufsvereinigungen schlanke weg verdammen dürfe,

im Speciellen wandte er sich gegen die Bestrebungen des deutschen Kohlenringes. Er betonte aber, daß gerade der Kohlenring schwerlich durch die seitens der Linken beantragten Schutzmaßnahmen getroffen werden würde, und bezeichnete er dieselben als unpractisch. Nach Annahme eines Antrages auf Schluß der Debatte wurde über den beantragten neuen § 1 b durch Namensauftrag abgestimmt; das Ergebnis war, daß das Haus den Paragraphen in der socialdemokratischen Fassung mit 166 gegen 68 Stimmen und in der freisinnigen Fassung mit 155 gegen 80 Stimmen verwarf. Dann begann das Haus die Berathung des § 1 c des Zolltarifgesetzes, welcher von den Ansprüchen auf Befreiung von der Entrichtung des Eingangszolles handelt, und zwar spricht dieser Paragraph die Befugniß zur gerichtlichen Geltendmachung solcher Ansprüche aus. § 1 c ist ebenfalls von den Socialdemokraten neu beantragt, er wurde vom Socialdemokraten Stadthagen in zweifelhafte Rede begründet, auch die Abgeordneten Brömel (freis. Vereinigung) und Wassermann (nat.-lib.) sprachen für den socialdemokratischen Antrag, während ihn der Reichschatzsecretär v. Thielmann bekämpfte. In namentlicher Abstimmung wurde schließlich § 1 c nebst einem hierzu gestellten Amendement v. Djembowski mit 131 gegen 112 Stimmen abgelehnt.

Die vielbesprochenen Verständigungsverhandlungen in Betreff der strittigen Punkte des Zolltarifs sollen, wie aus Berliner parlamentarischen Kreisen verlautet, noch zu keinem Ergebnisse geführt haben. Es wird auch als fraglich bezeichnet, ob diese Verhandlungen noch eine Einigung zwischen der Regierung und der Reichstagsmehrheit zeitigen würden; auch hinsichtlich der geplanten Abänderung der Geschäftsordnung des Reichstages wird zwischen den Mehrheitsparteien noch resultatlos hin- und herverhandelt.

Der preussische Eisenbahnminister von Budde ist nach Beendigung seines Münchener Aufenthaltes in Stuttgart eingetroffen. Es wird bestimmt versichert, daß in den Münchener Ministerconferenzen anlässlich der Anwesenheit des Herrn Budde die Frage der Fortführung der Main-Canalisation nach Aschaffenburg eine Hauptrolle gespielt habe. Er gab auch die Erklärung ab, daß die preussische Regierung nicht im Entferntesten daran denke, eine preussisch-rheinpfälzische Eisenbahngemeinschaft herbeizuführen.

Im Weitergange der allgemeinen Landtagswahlkämpfe in Oesterreich sind am Mittwoch die Neuwahlen in den Städtecurien des niederösterreichischen und des oberösterreichischen Landtages vollzogen worden. Bei den Städtewahlen in Oberösterreich wurden 7 Deutsch-Fortschrittl., 6 Deutsch-Nationale, 2 Conservative und 1 Parteiloser gewählt, ferner macht sich eine Stichwahl erforderlich! Das Wahlergebnis in der Städtecurie Niederösterreichs war bis Donnerstag noch nicht recht übersichtlich. In Wien wurden fast durchweg Christlich-Sociale gewählt, sie nahmen dort den Deutsch-Fortschrittlern sechs Mandate ab. Im Ganzen verlor letztere Partei sieben Mandate, während der Bestand der deutschen Volkspartei unverändert geblieben ist. Im Uebrigen sind noch eine Anzahl von Stichwahlen zu vollziehen. Die Wiener Handelskammer entsandte wieder 4 Deutsch-Fortschrittl. in den Landtag.

Gewählt wurde am Mittwoch ferner noch in der Städtecurie Schlesiens, in den Landgemeinden Salzbürgs und in der allgemeinen Wählerklasse von Rärnten. In letzterer wurde ein Deutschnationaler gewählt, während noch drei Stichwahlen zu vollziehen sind. In den Landgemeinden Salzbürgs siegten durchweg die Candidaten der katholischen Volkspartei, im Städtebezirk Schlesiens wurden 8 deutsche Volksparteiler und 4 Deutsch-Fortschrittl. gewählt; zwei der Letzteren von der Troppauer Handelskammer.

Der bekannte italienisch-türkische Conflict wegen des Piraten-Umwesens im Rothen Meere hat mit der nun doch stattgefundenen Beschießung der türkischen Insel Wibi, die den arabischen Piraten zum Schlupfwinkel diente, durch italienische Kriegsschiffe einstweilen eine Verschärfung erfahren. Indessen bestreitet man in Rom, daß der italienischen Regierung bislang ein Protest der Pforte wegen der Beschießung Wibi's zugegangen sei. Die Gerüchte über Absichten Italiens auf die Provinz Yemen werden von Rom aus als ganz unbegründet erklärt, mit der Bemerkung, Italien habe gegen die Seeräuber im Rothen Meere energisch vorgehen müssen, da dieselben den Handel der erythraischen Colonie zu zerstören drohten. Uebrigens mußten die Landungsmannschaften des italienischen Geschwaders den Piraten auf Wibi ein förmliches Gefecht liefern.

Der Bergarbeiterstreik in Frankreich lenkt nun doch in die Bahnen seiner Beilegung durch ein Schiedsgericht ein. Die Verwaltungsrichter der Kohlengruben-Gesellschaften nahmen im Princip den Schiedsgerichtsvorschlag an und ermächtigen die Directoren zur Prüfung der Forderungen der Arbeiter. Die Vertreter der Gesellschaften und der Arbeiter kamen am Donnerstag zu einer erstmaligen Berathung zusammen. Im Nord-Departement wurden am Mittwoch zum ersten Male die Vertreter der Bergwerks-Gesellschaften, wie der Vergleute von den Schiedsrichtern Beurtau und Delafond vernommen; vielfach wurde die Schiedsgerichts-Entscheidung bereits für Donnerstag Abend erwartet. Die Arbeiter der Kohlengruben in Balbone beschloffen die unverzügliche Wiederaufnahme der Arbeit. Indessen beschloffen die Grubenarbeiter im Pas de Calais in einer am Mittwoch Abend zu Lens abgehaltenen Versammlung einstimmig den Ausstand bis zur Entscheidung des Syndicats fortzusetzen.

In der nordamerikanischen Union sind soeben die Neuwahlen zum Congreß in Washington vollzogen worden. Das Haupt-Ergebnis derselben besteht darin, daß die republikanische Partei ihre bisherige Mehrheit im Bundesparlament behauptet hat, wenigstens die Demokraten einige Mandate eroberten. Einstweilen sind 197 Republikaner, 177 Demokraten und 3 Neutrale gewählt worden, neun Wahl-Ergebnisse stehen noch aus. Die Republikaner siegten in Indiana, Iowa, Minnesota, Nord- und Süd-Dacota, Utah, Washington, die Demokraten siegten in Virginien, Georgia, Louisiana, Texas, Missouri.

In Haiti haben neue Unruhen stattgefunden. In Port-au-Prince befferte sich die Lage zwar bereits wieder, in Gonaives ist sie aber noch ernst.